

LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN

PRESSEMITTEILUNG

Sperrfrist: Dienstag, 23. April 2024 (14.00 Uhr)

Petitionsausschuss legt Jahresbericht vor

Der Petitionsausschuss hat dem Landtag seinen Bericht für das Jahr 2023 vorgelegt. „Der Bericht stellt nicht nur dar, in welcher Zahl und mit welchen Themen sich die Bürgerinnen und Bürger an den Landtag gewandt haben, sondern er ist auch eine gute Gelegenheit, Bilanz zu ziehen und Anregungen dafür zu bekommen, was das Land noch besser machen kann“, so der Vorsitzende des Petitionsausschusses Thomas Krüger bei der Vorstellung des Berichtes.

Im Jahr 2023 haben den Landtag 256 Petitionen erreicht. Damit liegt die Zahl der Petitionen in etwa so hoch wie im Vorjahr. Von diesen 256 Petitionen sind zehn Eingaben sogenannte Sammelpetitionen, die von mehreren Menschen unterzeichnet wurden. Insgesamt verzeichnet der Ausschuss hier 3 051 Unterschriften. Für zwei weitere Petitionen wurden zuvor auf einer privaten Petitionsplattform Unterschriften gesammelt. Etwas mehr als 68 200 Menschen unterstützten die Petition gegen die Abschiebung von zwei Armenierinnen. Über 520 Unterschriften konnte eine Schülerin für ihr Anliegen gewinnen, dass das Fach Niederdeutsch weiterhin an den dafür eingerichteten vier Profilschulen unterrichtet wird. Aufgrund fehlender Lehrkräfte konnte Niederdeutsch an ihrer Schule nicht mehr für alle Klassen angeboten werden, sodass auch die Anerkennung des Profils gefährdet war. Die Petition der Schülerin war erfolgreich. Der Wahlpflichtunterricht für Klasse 9 konnte wiederaufgenommen werden. Insgesamt sagten die Schulämter zu, dass sie die Voraussetzungen dafür schaffen werden, den Unterricht in Niederdeutsch auch zukünftig abzusichern.

Einen Schwerpunkt der Eingaben bildete die Kritik an der Arbeitsweise von Behörden. Neben zahlreichen Beschwerden über die Behilfestelle beim Landesamt für Finanzen wegen langer Bearbeitungszeiten kritisierten Petenten den Zugang zu Behörden, der über die Corona-Pandemie hinaus eingeschränkt blieb. Petenten kritisierten beispielsweise, dass der Zugang weiterhin nur nach vorheriger Terminvergabe möglich war. Die angebotenen Termine lagen zudem oft weit in der Zukunft, es gab technische Probleme bei der Online-Terminvergabe oder die Behörde war telefonisch gar nicht oder nur mit großer Ausdauer erreichbar. Mit dieser Kritik hat sich der Ausschuss sehr intensiv befasst. Es wurden Übersichten der Landkreise angefordert, Beratungen und ein Ortstermin durchgeführt. Im Ergebnis konnten die Landkreise für die Problematik sensibilisiert und durch verschiedene Maßnahmen Verbesserungen erreicht werden.

Weitere Schwerpunkte sind die Bereiche Bildung und Energie. Gerade Letzterer macht deutlich, dass Petitionen auch eine Reaktion auf aktuelle Ereignisse sind. So hat die Energiekrise in Folge des Ukraine-Krieges zu der Entscheidung des Bundes geführt, Flüssiggas zu importieren und in den Häfen Lubmin und Mukran LNG-Terminals zu errichten. Hiergegen richteten sich mehrere Petitionen. Gegenstand weiterer Eingaben war auch die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen auf landwirtschaftlichen Flächen, die auf der Grundlage der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes 2023 forciert werden soll. „Mit den Petitionen nutzen die Bürgerinnen und Bürger eine Form der demokratischen Teilhabe. Das ist gut so“, merkte Thomas Krüger an. „Denn damit werden die Bedenken und Vorschläge direkt an die politischen Entscheidungsträger herangetragen, die sich dann mit den Argumenten auseinandersetzen. Der Petent wiederum erhält eine unmittelbare Antwort. So erfolgt ein direkter Austausch zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und dem Gesetzgeber.“

Abgeschlossen hat der Petitionsausschuss im Berichtszeitraum 179 Petitionen. In 22 Fällen konnte dem Anliegen voll, in 97 Fällen zumindest in Teilen entsprochen oder zur Aufklärung beigetragen werden. In 14 Fällen hat der Petitionsausschuss Handlungsbedarf festgestellt und die Petitionen an die Landesregierung und zum Teil auch an die Fraktionen des Landtages überwiesen. Dazu gehört auch die Petition, mit der die Einrichtung eines Härtefallfonds für in Not geratene politische Häftlinge der DDR gefordert wurde. „Die Eingabe hat dazu geführt, dass der Landtag die dafür notwendigen Mittel in den Haushalt 2024/2025 eingestellt hat und die Betroffenen – ganz aktuell – ab Mai eine Unterstützungsleistung aus dem Härtefallfonds des Landes erhalten können“, freute sich der Vorsitzende. „Die Petition zeigt, dass jeder Einzelne etwas bewegen kann. In Gesprächen ist aber auch deutlich geworden, dass noch zu wenige Menschen diese Form der Mitwirkung überhaupt kennen. Hier wird der Ausschuss ansetzen und verschiedene Mittel und Wege nutzen, um das Petitionsrecht bekannter zu machen.“

verantwortlich: LSG/SG 1/DL/22. April 2024

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
- Pressestelle -
Schloss, Lennéstraße 1
19053 Schwerin
Fon: 0385 / 52 52 149
Fax: 0385 / 52 52 616
Mail: Pressestelle@Landtag-MV.de